Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265 || **Montag, den 14. November 1927** || **79. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Oeffentliche Mahnung

Am 15. November 1927 werden bezw. waren fällig:

a) Die **Einkommen- und Vermögenssteuervorauszahlungen** der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Landwirtschaft in Höhe der Hälfte der zuletzt festgestellten Jahressteuerschuld;

b) Die **Vermögenssteuervorauszahlungen** aller übrigen Steuerpflichtigen in Höhe von 1/4 der zuletzt festgestellten Jahressteuerschuld;

c) Die **Abschlußzahlungen** auf die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer 1926, sowie Vermögenssteuer 1926 und 1927.

Auf Grund von § 314 der Reichsabgabenordnung wird hiermit öffentlich an die vorstehenden Zahlungen erinnert. Weitere Mahnung, insbesondere Einzelmahnung, findet nicht statt. Falls die angemahnten Beträge nicht innerhalb einer Woche nach Fälligkeit (bei den Abschlußzahlungen außerdem zuzüglich der verwirkten Verzugszinsen) entrichtet sind, werden sie, soweit sie mehr als 1000 RM betragen, ohne weiteres durch Zwangsvollstreckung beigetrieben, und soweit es sich um Beträge bis einschl. 1000 RM handelt, unter Annahme des Einverständnisses der Schuldner auf ihre Kosten durch Postnachnahme eingezogen und bei Nichteinlösung derselben im Verwaltungswege unter Auferlegung der Zwangsvollstreckungskosten beigetrieben werden.

Finanzamt Kamenz, am 14. November 1927.

Das Wichtigste

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde über den Religionsunterricht in den Gemeinschaftsschulen verhandelt

Der deutsche Rentnerbund nahm in einer Versammlung Stellung zu dem Entwurf des Rentnerversorgungsgesetzes.

Der Reichskanzler Dr. Marx ist um 18,48 Uhr vom Anhalter Bahnhof nach Wien abgereist. Der Reichsaußenminister, der sich von Halle nach Leipzig begeben hat, wird sich in Leipzig mit dem Reichskanzler treffen und von dort aus gemeinsam mit ihm die Reise nach Wien fortsetzen.

In vielen Staaten Europas ist starker Schneefall eingetreten.

Der innerpolitische Kampf in Rumänien.

Von Franz Sabisch.

Seit Wochen wogt der Kampf der Parteien in Rumänien, der um die Frage der Rückkehr des Prinzen Carol entbrannt ist. Um die Parteikämpfe in Rumänien zu verstehen, geben wir im folgenden einem Auslandsdeutschen das Wort, der mehr als zwei Jahrzehnte in Rumänien lebte und ein gründlicher Kenner der Verhältnisse ist.

In dem kleinen, ungefähr sieben Millionen Einwohner zählenden Vorkriegsstaat Rumänien gab es eigentlich nur zwei politische Parteien, die für gewöhnlich — d. i. wenn nicht besondere innere oder äußere Ereignisse mitspielten, sich in der Regierung ablösten. Die Partei, die am Ruder war, beherrschte die Wahlen und erhielt daher immer die parlamentarische Mehrheit. Infolge dieses einfachen innerpolitischen Systems, das in der Regel durch den Namen und den Ehrgeiz der Parteichefs verkörpert wurde, gab es natürlich keine starren Gegensätze der politischen Anschauungen und Regierungsprogramme. Schon die verwandtschaftlichen Beziehungen — gab es doch Familien, wo der eine Bruder der Regierungspartei, der andere der Opposition angehörte — sowie der gemeinsame Glauben, das gleiche nationale Interesse und dieselbe soziale Stellung ließen eine tiefere Verklüftung des politischen Lebens nicht zu.

Dieses einfache Doppelsystem der altrumänischen Parteipolitik hatte aber einen großen verwaltungstechnischen Nachteil. Beim Rücktritt der Regierung dankte fast der gesamte Verwaltungskörper ab. Selbst die Leiter aller Bildungsanstalten, von der Volksschule angefangen bis zur Universität, traten zurück. Nur die richterliche und polizeiliche Funktion sollte eine Ausnahme machen, doch half man sich hier mit der „Versetzung im Dienstinteresse". Dagegen verhielten sich Heer und Gendarmerie als Exekutivorgane beider Parteien politisch ziemlich passiv.

Nach dem Anschluß der neuen, einst zu Oesterreich-Ungarn und Rußland gehörenden Landesteile hörte das bequeme Zweiparteiensystem auf, das in der konservativen und in der liberalen Partei zum Ausdruck gelangt war. Die erste ist mit dem Tode ihres letzten Führers, des Großgrund- und Rennstallbesitzers Marghiloman, vollständig von der politischen Bildfläche verschwunden. Dagegen haben die drei Brüder Bratianu, hauptsächlich aber die beiden ältesten — Jon und Vintila —, die liberale Partei heute zur stärksten, politisch und wirtschaftlich am besten organisierten Partei gemacht. Mit ihr, die von den Gegnern als oligarchistische Partei verschrien wird, leben fast alle anderen, in der Nachkriegszeit entstandenen, Parteien auf dem Kriegsfuße. Im Kampfe gegen sie hat sich die

Briand über seine Politik

Vorläufiges Ergebnis der Angestelltenwahlen — Dr. Stresemann über die politische Lage — Die Entscheidung über Krieg oder Frieden 1914 und jetzt in Englands Händen — Hilfe für die Rentner — Die Lage in China

Der französische Außenminister hielt gestern auf einem Bankett der Republikanischen Parteien eines Wahlbezirkes in Nantes eine Rede. Zu Beginn seiner Ausführungen wies Briand auf seine Bemühungen für den Frieden während seiner kurzen Regierungszeit im Jahre 1921 hin. Bereits damals habe er die ersten Versuche gemacht, der Welt einen dauerhaften Frieden zu sichern. Die damalige Geistesströmung sei aber für den Frieden noch nicht genügend vorbereitet gewesen. Als ihm die Leitung des Auswärtigen Amtes erneut übertragen worden sei, habe er seine Bemühungen fortgesetzt. Man könne von seiner Politik sagen was man wolle, sicher sei jedenfalls, daß sie dem noch sehr unruhigen Europa den Frieden erhalten habe. Man müsse sich fragen, ob, wenn der Völkerbund nicht bestehen würde, und an Stelle der von ihm, Briand, geführten Friedenspolitik eine andere Politik befolgt worden wäre, nicht gewisse Ereignisse die Völker bereits erneut in einen blutigen Zusammenstoß geworfen hätten. In diesem Zusammenhang erinnerte Briand an die Beilegung des bulgarisch-südslawischen Konfliktes durch den Völkerbund. Seine Ausführungen schloß Briand mit den Worten: Frankreich habe von einem neuerlichen Kriege, selbst wenn er wieder mit einem Siege der Franzosen enden sollte, keinerlei Vorteile zu erwarten. Frankreich sei in seinem vollen Umfange wieder hergestellt. Es sei angegriffen worden und es habe sich verteidigt. Die französische Fahne, die Fahne des Rechtes und der Freiheit, habe gesiegt. Jetzt könne Frankreich, um sich selbst Treu zu bleiben, nur eines unternehmen: Sich fest entschlossen dem Frieden zuwenden und die Völker einladen, für den Fall eines Angriffes die juristische Lösung des Konflikts zu organisieren. Juristische Lösungen zu suchen, schließe keineswegs aus, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, die, falls die friedlichen Lösungen vergebens wären, unerläßlich seien.

Vorläufige Ergebnisse der Angestellten-Wahlen

Berlin, 14. November. Die im Hauptausschusse vereinigten Angestelltenverbände haben nach vorläufiger Schätzung in 121 Wahlbezirken bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung bisher 318 Vertrauensmänner und 587 Ersatzmänner zu verzeichnen. Auf den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband entfallen davon allein 171 Vertrauensmänner und 293 Ersatzmänner. Die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Angestelltenverbände haben nach den bisherigen Feststellungen in den entsprechenden Bezirken 39 Vertrauensmänner und 117 Ersatzmänner zu verzeichnen. Bei den Splittergruppen sind dementsprechend 6 Vertrauensmänner und 19 Ersatzmänner gewählt worden.

Aus dem ganzen Reiche wird starke Wahlbeteiligung gemeldet. Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, sind bei der heutigen Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung in Berlin 138 985 Stimmen abgegeben worden. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1922 fast eine Verdreifachung der Stimmzahl. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In den Orten der Provinz Brandenburg war die Wahlbeteiligung recht lebhaft. In München wurden 17 000 Stimmen gegen 9 600 im Jahre 1922 gezählt. In Hamburg, wo auch noch am Montag gewählt wird, wurden am Sonntag bereits 17 600 Stimmen gegenübber 11 400 bei den vorigen Wahlen abgegeben.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Halle. In einer anläßlich des Landesparteitages des Wahlkreisverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei in Halle veranstalteten Versammlung sprach Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann. Hinsichtlich der Wirtschaftslage vertrat Dr. Stresemann die Entschließungen des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei unter Betonung des Grundsatzes, daß wir zu größter Sparsamkeit gezwungen seien. Angesichts der Rationalisierung die wir in unserer Wirtschaft durchführten, müßten auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform entscheidende Schritte zur Vereinfachung der Verwaltung getan werden. Hinsichtlich des

Reichsschulgesetzes

führte Dr. Stresemann aus, daß die Deutsche Volkspartei gegenüber diesem Gesetz durchaus positiv eingestellt sei. Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete Dr. Stresemann der Lage der Landwirtschaft. Gerade weil wir die Kaufkraft und die Produktion der Landwirtschaft dringend benötigen, ist es Pflicht, auf sie Rücksicht zu nehmen bei den Handelsvertragsverhandlungen. Es sei ohne gewisse Konzessionen an Agrarländer nicht möglich, eine ersprießliche Handelsvertragspolitik zu treiben.

Die Entscheidung über Krieg oder Frieden 1914 und jetzt in Englands Händen

Paris, 13. November. Viktor Basch beschwört in der „Volonte" England gegen einen bevorstehenden kriegerischen Konflikt Jugoslawiens und Italiens aufzutreten Wenn England 1914 entschlossen zu verstehen gegeben hätte, daß es einen Krieg nicht zulassen werde, so wäre die entsetzliche Katastrophe vermieden worden. Ebenso wie im Jahre 1914 liege jetzt die Entscheidung über Krieg oder Frieden in Englands Händen. Man würde es England nicht verzeihen, wenn es seine Pflicht sich selbst und der Humanität gegenüber erneut vergessen würde.

Die Rentner zum Rentnerversorgungsgesetz.

Die Vertreter aller Parteien einig.

Berlin. Der Deutsche Rentnerbund veranstaltete aus Anlaß seines außerordentlichen Bundestages eine Versammlung, um zu dem Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes Stellung zu nehmen. Reichsminister a. D. Dr. Külz bezeichnete die Hilfe für den Rentner nicht als parteipolitische Angelegenheit, sondern als eine selbstverständliche Menschlichkeit. Durch die Aufwertungsgesetzgebung die Not der Kleinrentner zu lindern, sei nicht gelungen.

Jetzt solle ein Rechtsanspruch gegeben werden allen denen, die in der Vorinflationszeit ein Vermögen von mindestens 10 000 Mark gehabt hätten, abgestuft nach dem Ortsklassensystem der Beamtenbesoldung solle diesen Rentnern ein Existenzminimum verbürgt werden, dazu Zuschläge für Frauen und Kinder, Krankenversorgung und Sterbegeld.

Die endgültige Regelung dieser Frage liegt nicht nur im Interesse der Rentner, sondern auch des Staates. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider erklärte sich mit Dr. Kürz voll und ganz einverstanden. Der jetzige Entwurf müsse als eine soziale Wiedergutmachung der Aufwertung gelten. Abgeordneter Hoch (Soz.) schloß sich gleichfalls den Ausführungen des Referenten an. Frau Abg. Dr. Matz (Dnat. Vp.) trat ebenfalls für den Entwurf ein, es müsse endlich eine würdige Lösung der Rentnerfrage erzielt werden. Wenn das 60. Lebensjahr für das Eintreten der Rente festgelegt werde, so müsse man bei den Frauen das 50. bestimmen, da deren Erwerbsgrenze früher komme. Frau Abg. Teusch (Zentr.) erklärte, für ihre Partei zur Mitarbeit bereit zu sein.

Reichsstädtebund und Rentnerversorgung.

Berlin. Dem Reichstag liegt zurzeit der Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes vor. Hierzu hat der Reichsstädtebund eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der unter Anerkennung des Versorgungsgedankens der Entwurf begrüßt wird in der Voraussetzung, daß der Rechtsanspruch der Rentner gegen das Reich, nicht gegen die Gemeinden gelten soll. In der Eingabe wird erklärt, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf erst dann möglich sei, wenn sich die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes auf Grund einer erschöpfenden Statistik über die Zahl und die Verhältnisse der Kleinrentner übersehen lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.